

Horst Weishaupt

Die Hauptschule – ein Auslaufmodell?

Eine Bestandsaufnahme im föderalen Vergleich¹

Zusammenfassung

Die Hauptschule wird kurz in ihrer Entwicklung als Schulart in Abhängigkeit von demografischen Trends dargestellt. Sie ist heute nur noch in einer Minderheit von Ländern vertreten und hat sich schulorganisatorisch nur in Nordrhein-Westfalen verselbstständigen können. Schwierige Bedingungen für die Leistungsfähigkeit der Hauptschule ergeben sich, wenn sie unmittelbar mit der Gesamtschule um Schülerinnen und Schüler konkurriert. Die Ermöglichung eines mittleren Abschlusses an Hauptschulen ist mit neuen Benachteiligungen für die Absolventinnen und Absolventen verbunden.

Schlüsselwörter: Schulreform, Schulstruktur, Hauptschule, Föderalismus, demografische Entwicklung

“Hauptschule” – a Phase-Out Model?

A Stock-Taking with Regard to the Federal States of Germany

Abstract

The “Hauptschule” [lower secondary modern school] is shortly depicted as type of school in its development subject to demographic trends. Nowadays, “Hauptschulen” exist only in a few federal states and have become school-organizationally independent only in North Rhine-Westphalia. Difficult conditions for the performance of “Hauptschulen” arise if they compete for pupils directly against comprehensive schools. The admittance of secondary school level I certificates at “Hauptschulen” leads to new discriminations of the graduates.

Keywords: school reform, school structure, “Hauptschule”, federalism, demographic development

1 Dieser Text basiert auf einem am 28.11.2008 zum gleichen Thema gehaltenen Vortrag im Rahmen einer Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldshain „Hauptschulabschluss ohne Hauptschule?“.

Ein Beitrag zur Situation der Hauptschule steht vor dem Problem, zwischen der Hauptschule als Schulart und als Bildungsgang zu unterscheiden. Die Hauptschule existiert in allen Ländern als Bildungsgang, sofern aus der Möglichkeit eines Hauptschulabschlusses auch auf einen eigenständigen Bildungsgang geschlossen werden kann. Allerdings ist schon dies fraglich, weil zwar Gesamtschulen einen Hauptschulabschluss ermöglichen, aber nicht unbedingt einen entsprechenden Bildungsgang anbieten. Auch bei den anderen Schularten mit mehreren Bildungsgängen scheint es rechtlich nicht immer klar zu sein, ob bestimmte Schulabschlussoptionen auch mit einem eigenen Bildungsgang gleichzusetzen sind. Zu berücksichtigen ist zusätzlich, dass die Hauptschule häufig schulorganisatorisch nicht verselbstständigt ist, sondern in der Kombination mit Grund- und/oder Realschule unter einer Schulleitung besteht. Auch innerhalb der additiven bzw. kooperativen Gesamtschule ist die Hauptschule nur ein Schulzweig. Schließlich ist die Hauptschule auch nicht mehr die Schulart, die nur auf den Hauptschulabschluss vorbereitet, sondern die teilweise auch einen mittleren Schulabschluss anbietet. Insofern ist die Lage der Hauptschule sehr unübersichtlich und nur noch angemessen zu beschreiben, wenn auf die Situation in einzelnen Ländern und innerhalb der Länder auf die unterschiedlichen Angebotskonstellationen in Großstädten und dem ländlichen Raum eingegangen wird.

Vor diesem Hintergrund konzentriert sich der folgende Beitrag auf die Hauptschule als Schulart und deren Entwicklung im Zusammenhang wechselnder demografischer Bedingungen und regional variierender Nachfragekonstellationen. Abschließend wird auf die zunehmend eröffnete Möglichkeit eingegangen, an der Hauptschule einen mittleren Schulabschluss zu erwerben.

Von der Volksschuloberstufe zur Hauptschule

In den Flächenländern Westdeutschlands unterschied sich die Volksschule bis Ende der 1950er-Jahre noch deutlich zwischen Städten und ländlichem Raum. Während die Volksschule in den Städten als jahrgangsgegliederte Schule geführt wurde, herrschte im ländlichen Raum die Volksschule mit jahrgangsübergreifenden Klassen vor. Dass diese Schulorganisation nicht mehr den gesellschaftlichen Anforderungen der Zeit entsprach, brachte der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen in seinem Rahmenplan vom Februar 1959 – also vor genau 50 Jahren – zum Ausdruck. Er sah weiter steigende gesellschaftliche Anforderungen an die schulische Bildung voraus, hielt deshalb eine Abkehr von der „volkstümlichen Bildung“ für notwendig und forderte stattdessen eine neue Allgemeinbildung. Auch forderte er, die technisierte und spezialisierte Arbeit mehr in den Unterricht der Schule zu integrieren. Sowohl unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Jugendlichen als auch dem, den steigenden Anforderungen an eine Berufsausbildung gerecht zu werden, verlangte er eine Pflichtschulzeit von wenigstens neun Jahren. Außerdem schlug er vor, die Einführung

eines 10. Schuljahres anzubahnen. Dabei sah er die Notwendigkeit, die Berufsschulen und die Welt der modernen Arbeit an dieser erweiterten Hauptschule zu beteiligen (vgl. Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen 1959). Mit diesen Vorstellungen legte der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen den Grundstein für die in den 1960er-Jahren einsetzende Landschulreform mit der Einführung eines jahrgangsgegliederten Schulwesens auch im ländlichen Raum. Der Ausbau des Volksschulwesens führte zu einem nach Grundschule und Hauptschule differenzierten Schulangebot mit Schülertransportsystem und Fahrtkostenerstattung für die Eltern.

Der Deutsche Bildungsrat ging in seinem Strukturplan für das Bildungswesen (Deutscher Bildungsrat 1970) von dem Bestreben aus, möglichst viele Schüler/innen zu einem qualifizierten Schulabschluss am Ende der 10. Klasse (von ihm als Abitur I bezeichnet) zu führen. Er sah eine horizontale Gliederung des Schulwesens vor mit den Merkmalen: wissenschaftsorientiertes Lernen für alle Schüler/innen, Durchlässigkeit der Bildungsgänge durch einheitliche Curricula und Integration und Differenzierung der Lernangebote. Bis heute wurde nur in vier Ländern (Berlin, Bremen, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen; Avenarius/Füssel 2008, S. 103) eine zehnjährige Vollzeit-Schulpflicht eingeführt, und die Stufengliederung des Schulwesens über organisatorisch eigenständige Grund-, Haupt- und Realschulen ist mit einer Ausnahme bis heute nicht verwirklicht.

Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen ging bei der Verabschiedung seines Rahmenplans davon aus, dass auch langfristig die Mehrheit der Schüler/innen nach der Grundschule die Hauptschule besucht. Diese Erwartung erwies sich schon Anfang der 1970er-Jahre als überholt. 1980 lag der Anteil der Schüler/innen auf Hauptschulen schon unter 40%, und bis 1990 sank er auf 30% ab. Schon zu diesem Zeitpunkt war das Gymnasium die Schulart mit dem höchsten Schüleranteil in der Sekundarstufe I (vgl. auch Fickermann/Schulzeck/Weishaupt 2002, S. 40).

Die neuen Bundesländer sahen – mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern – von Anfang an die Hauptschule als eigenständige Schulart in ihren Schulgesetzen nicht vor. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurde der Bildungsgang der Hauptschule in eine Schulart mit mehreren Bildungsgängen integriert. Brandenburg führte ein dreigliedriges Schulsystem ohne Hauptschule ein. In Mecklenburg-Vorpommern existierte die Hauptschule zwar als Schulart; sie wurde aber fast ausnahmslos in Kombination mit einer Realschule geführt. Die westdeutsche Schulstruktur wurde folglich nur partiell auf die neuen Bundesländer übertragen. Da durch die 10-jährige Polytechnische Oberschule (POS) in Ostdeutschland ein Schulabschluss nach neun Jahren in der Bevölkerung als schulpolitischer Rückschritt angesehen wurde, konnte sich der Hauptschulabschluss auch nie durchsetzen, und er bewegt sich bis heute auf einem deutlich niedrigeren Niveau als in den alten Bundesländern (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 74).

Hauptschule und demografische Entwicklung

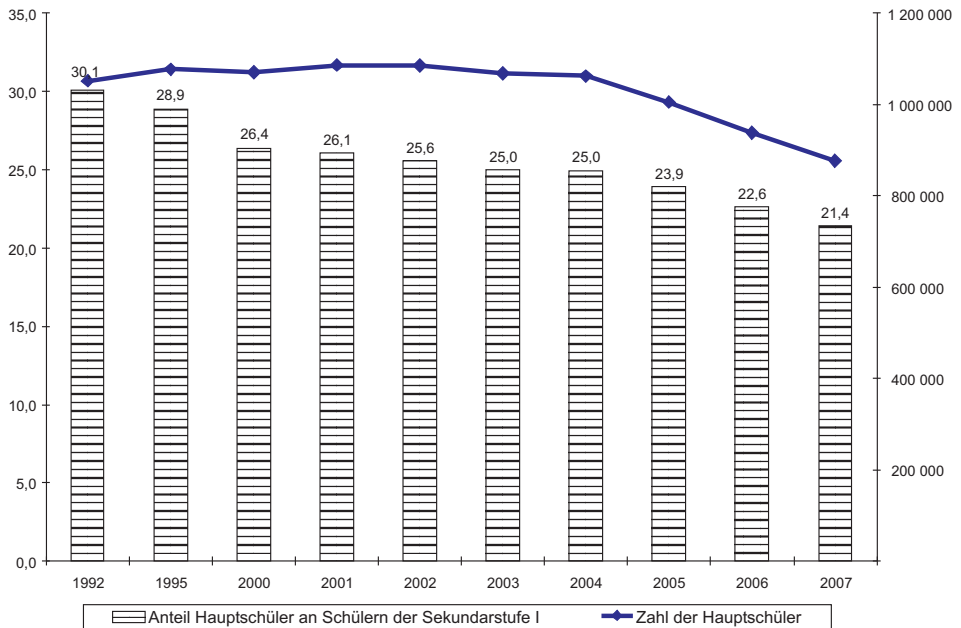
Für die Entwicklung der Hauptschule war die demografische Entwicklung stets von großer Bedeutung. Bis Mitte der 1970er-Jahre führte der Zuwachs an Schüler/inne/n durch die geburtenstarken Jahrgänge zu einem Ausbau von Realschulen und Gymnasien, während die Hauptschule hinsichtlich der Zahl ihrer Schüler/innen relativ konsolidiert weiter bestand. Von dem folgenden Rückgang der Schülerzahl war sie dann in den 1980er-Jahren aber verstärkt betroffen, was zu einer stark sinkenden Besuchsquote führte. Schulschließungen konnten meist noch über die Verkleinerung von zunächst wenigstens drei- bis vierzünftig konzipierten Hauptschulen oder deren Einbeziehung in Strukturreformen (die Orientierungsstufe in Niedersachsen und Gesamtschulen in anderen Ländern) vermieden werden. Dennoch wurde 1981 im Rahmen der geplanten Fortschreibung des Bildungsgesamtplans für Probleme der Schulversorgung mit Hauptschulen im dünn besiedelten ländlichen Raum ein zusätzlich erforderlicher Lehrbedarf über erhöhte Bedarfsfaktoren eingeplant (Deutscher Bundestag 1982, S. 84). Dadurch nahm aber die Wirtschaftlichkeit des regionalen Schulsystems deutlich ab. Dies äußerte sich unter anderem darin, dass zwischen 1975 und 1983 die preisbereinigten Sachausgaben je Schüler/in um 23% zunahmen, während die Schülerzahlen um 20% zurückgingen (Weishaupt/Weiß 1988, S. 342), denn bei konstantem Gebäudebestand führte der Schüler/innen/rückgang zu erheblichem ungenutztem, aber weiterhin Kosten verursachendem Schulraum.² Bei den Schulträgern hat diese Entwicklung kaum Beachtung gefunden, weil kameralistisches Denken vorherrschte und die Sachausgaben der Schulträger durch die Beschränkung von Schulbauinvestitionen auf Gebäude erhaltende Maßnahmen insgesamt rückläufig waren.

Angesichts der heute im Vergleich zu den 1970er und 1980er-Jahren noch schwierigeren Situation der öffentlichen Haushalte ist eine auf Bestandssicherung der bestehenden Schulen orientierte Schulentwicklungsplanung gegenwärtig unrealistisch, wenn es nicht gelingt, die Sachausgaben je Schüler/in für den Gebäudeunterhalt und Schülertransport auch bei niedrigeren Schülerzahlen annähernd konstant zu halten. Im Blick auf eine prioritätengeleitete Mittelallokation wurde es im letzten Jahrzehnt außerdem wichtig, dem Schulwesen durch eine unwirtschaftliche regionale Schulorganisation keine Mittel zu entziehen, die z.B. sinnvoller für eine Verbesserung der Unterrichtsbedingungen verwendet werden könnten. Auch wenn Aspekte der Leistungsfähigkeit der Schularten in der aktuellen Diskussion schulstruktureller Fragen durch die Ergebnisse der PISA-Studien eine bedeutendere Rolle spielen als Finanzierungsfragen, so schwingen letztere dennoch in den politischen Diskussionen mit.

2 Eine englische Fallstudie kam ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Sachausgaben pro Schüler um den gleichen Prozentsatz ansteigen, um den die Schülerzahlen zurückgehen (Hinds 1986, S. 26).

Jedenfalls hat der starke Geburteneinbruch in den neuen Bundesländern, der sich nach 2000 auch in der Sekundarstufe I auswirkte (Weishaupt 2006), inzwischen dazu geführt, auch in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern ein nur noch zweigliedriges Schulsystem in der Sekundarstufe I einzuführen.

Abb. 1: Entwicklung der Zahl der Hauptschüler und des Anteils der Hauptschüler an den Schülern der Sekundarstufe I (ohne Förderschüler) 1992 bis 2007 (alte Bundesländer)

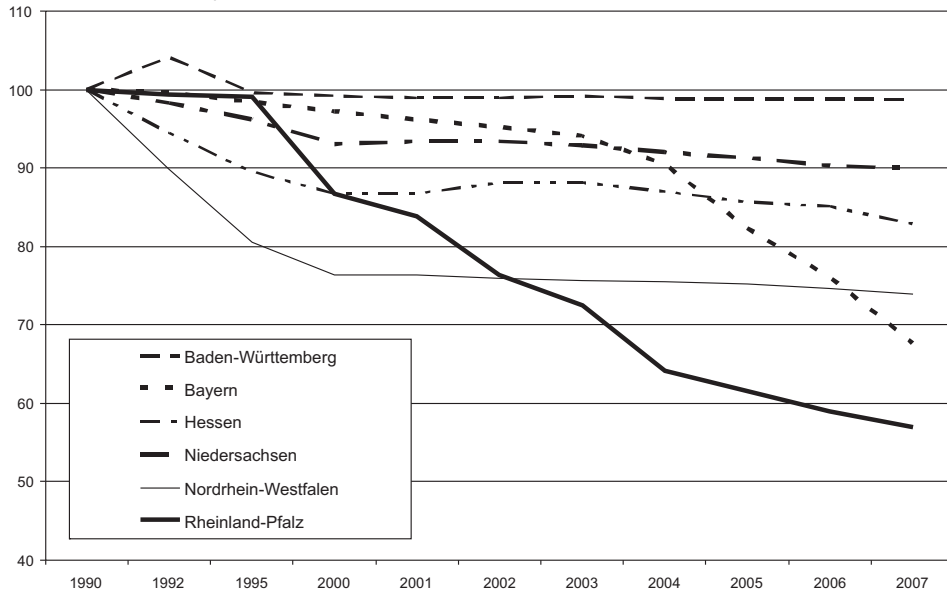


Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11 Reihe 1 Bildung und Kultur Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2007/08, S. 48; eigene Berechnungen

Von den westdeutschen Bundesländern ist das Saarland in besonderer Weise von dem Geburtenrückgang betroffen (Weishaupt 2009). Dort wurde bereits 1999 über eine Verfassungsänderung die Hauptschule durch eine erweiterte Realschule abgelöst. Von den Stadtstaaten hat Bremen mit der Sekundarschule keine eigenständige Hauptschule mehr. Hamburg strebt ab 2010 ein zweigliedriges Sekundarschulsystem an, und Berlin will nach Aussage des Schulsenators ab 2010 die Haupt- und Realschulen integrieren. Nur noch in sieben Flächenstaaten ist gegenwärtig die Hauptschule Bestandteil der Schulstruktur. In diesen Ländern hat sich seit 1990 der Rückgang der Bildungsbeteiligung an Hauptschulen fortgesetzt, der sich seit 2004 auch auf einen Rückgang der Schülerzahlen auswirkt (siehe Abbildung 1). Bemerkenswert ist ein nochmaliger Rückgang der Beteiligungsquote von 30% (1990) auf nur noch 21% an den Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I im Jahr 2007. Mit dieser Entwicklung ist auch ein weiterer Rückgang der Zahl der Hauptschulen verbunden (siehe Abbildung 2). Den stärksten Rückgang verzeichnet die

Hauptschule in Rheinland-Pfalz, wo durch die Einrichtung der Regionalen Schule, einer das Haupt- und Realschulangebot verbindenden neuen Schulart, den Schulträgern die Möglichkeit zu einem regional zweigliedrigen Schulsystem eröffnet wird. Geplant ist inzwischen, die Hauptschule als eigenständige Schulart ganz aufzugeben und sie in eine „Realschule plus“ zu überführen.

Abb. 2: Entwicklung der Zahl der Hauptschulen nach Ländern (1990 = 100%)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11 Reihe 1 Bildung und Kultur Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 1990, S. 65 und 2007/08, S. 33, eigene Berechnungen

Schleswig-Holstein hat in Erwartung eines weiteren Schülerrückgangs den Beschluss gefasst, bis 2010 Haupt- und Realschulen in Regionalschulen umzuwandeln. Daneben sieht das neue Schulgesetz auch die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen u.a. als Weiterentwicklung der Gesamtschule vor.

Es wird folglich in zwei Jahren nur noch sechs Bundesländer geben, in denen nach gegenwärtiger Rechtslage die Hauptschule als eigenständige Schulart fortbesteht. Auch in diesen Ländern ist die Zukunft der Hauptschule offen, weil fachliche Standards des Unterrichts und eine angemessene Fachlehrerversorgung voraussetzen, dass Hauptschulen wenigstens zwei parallele Klassen je Jahrgang führen (Landesregierung Brandenburg 2000). Diese Bedingungen sind aber an den existierenden Hauptschulen zunehmend weniger einzulösen. Selbst in Nordrhein-Westfalen mit relativ günstigen Angebotsbedingungen wurde in einem Gutachten zur Schulentwicklung festgestellt, dass von den 396 Schulträgern 227 nur über eine einzige Hauptschule verfügen und von diesen 156 Schulen potenziell gefährdet sind (Rösner/Kanders 2005). Dennoch

wird die Hauptschule in Nordrhein-Westfalen weiterhin bestehen, solange sich dort keine politische Mehrheit für eine Änderung der Verfassung findet (Avenarius 2007). Die neu geschaffene Möglichkeit zur Errichtung von Verbundschulen ist so restriktiv geregelt, dass nur wenige Hauptschulen darüber eine Chance zum Verbund mit einer Realschule oder einer Gesamtschule erhalten können. Umso wichtiger wäre es, die fachliche Profilierung der Hauptschule sicherzustellen. Doch wird in Nordrhein-Westfalen ein bedeutsamer Anteil des Unterrichts nicht von Lehrkräften erteilt, die für das jeweilige Unterrichtsfach auch eine Lehrbefähigung haben. Im Schuljahr 2005/06 waren dies 38% aller erteilten Unterrichtsstunden an Hauptschulen (Leschinsky 2008, S. 393). Mittel- und langfristig ist mit weiter sinkenden Schülerzahlen zu rechnen und von daher auch mit weiteren Schulschließungen und Bereinigungen des Schulangebots.

Die Konsequenzen des Schülerrückgangs für die Hauptschule sind in den anderen Ländern weniger leicht abzuschätzen, weil nur Nordrhein-Westfalen die Hauptschule konsequent als eigenständige Schulart ausgebaut hat. In den anderen Ländern ist die Hauptschule häufig noch ein Teil der Volksschule (so immer noch die Bezeichnung in Bayern) bzw. einer Grund- und Hauptschule. In Hessen und Niedersachsen zählen die Hauptschulzweige an Kooperativen Gesamtschulen zu den Hauptschulen. In den schulstatistischen Veröffentlichungen auf Bundesebene wird die Organisationsstruktur der Schulen nicht veröffentlicht und auch die Landesstatistiken sind in dieser Hinsicht lückenhaft. Die aktuellen Unterschiede des Hauptschulangebots in den Ländern zeigt Tabelle 1.

Tab. 1: Anzahl der Schulen mit Hauptschule im Schuljahr 2007/08

	Insgesamt	Hauptschule (nur Hauptschul- klassen)	Grund- und Hauptschule (Grund- und Hauptschul- klassen)	Grund-/ Haupt-/ Real- schule	Haupt-/ Real- schule	Hauptschul- zweige von Gesamt- schulen
Baden-Württemberg	1225	164	1067			
Bayern	1147	448	699			
Hessen ¹	300	6	39 ²	63 ³	60 ⁴	132 ⁵
Niedersachsen	517	177	69	16	221	33
Nordrhein-Westfalen	720	718	2			
Rheinland-Pfalz	176	116	60			

¹ Die Angaben beruhen auf einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage beim Hessischen Statistischen Landesamt.

² davon eine mit Lernhilfeschule und vier mit Förderstufe

³ davon 32 mit Förderstufe und eine zusätzlich mit Lernhilfeschule

⁴ davon eine mit Gymnasium, 20 mit Förderstufe und zwei zusätzlich mit Lernhilfeschule

⁵ davon 10 auslaufende Hauptschulzweige an integrierten Gesamtschulen

Quelle: entsprechende landesstatistische Veröffentlichungen für das Schuljahr 2007/08

In Rheinland Pfalz sind immerhin noch 36% der Hauptschulen mit einer Grundschule verbunden. In Hessen sind nur 2% der Hauptschulen organisatorisch eigenständig. In Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen befindet sich die Mehrzahl der Hauptschulen mit anderen Schularten unter einem Dach. Dies erhöht ihre Anpassungsflexibilität bei sinkenden Schülerzahlen. Doch zeigt die durchschnittliche Klassenzahl der Hauptschulen in diesen Ländern, die zwischen 8 und 10 Klassen liegt, dass bei weiter abnehmenden Schülerzahlen das Hauptschulnetz weiter reduziert werden muss, wenn eine Senkung fachlicher Standards vermieden werden soll. Damit verliert die Hauptschule aber zunehmend den Vorteil eines breit gestreuten wohnortnahen Angebots.

Hauptschule in Konkurrenz zur Gesamtschule

In den letzten Jahren wurde verstärkt darauf aufmerksam gemacht, dass mit den sinkenden Jahrgangsbreiten an der Hauptschule auch Folgen für die Leistungszusammensetzung der Schülerschaft entstehen. Insbesondere die Studie von Baumert, Stanat und Watermann (2006; siehe auch Trautwein/Baumert/Maaz 2007 und Baumert/Maaz/Stanat/Watermann in diesem Heft) ist hier zu nennen, in der auf der Grundlage von Befunden der PISA-Studie 2000 drei Hauptschultypen unterschieden wurden: günstiges Milieu, Modalform und schwieriges Milieu. Die Kritik an der Leistungsfähigkeit der Hauptschule bezieht sich vornehmlich auf die Hauptschule mit Schülerinnen und Schülern aus schwierigem Milieu, die sich nicht nur durch sehr niedrige Schülerleistungen im Lesen, sondern auch durch eine sehr hohe Sitzenbleiber/innen/quote, unqualifizierte und häufig nicht Vollzeit berufstätige Eltern der Schüler/innen und einen hohen Schüleranteil mit nichtdeutscher Familiensprache auszeichnet. Interessant ist, dass es „mit nur zwei Merkmalen des Einzugsgebiets von Hauptschulen gelingt (...), drei Viertel der Schulen der Problemgruppe korrekt zu identifizieren. Die beiden Merkmale sind der Hauptschüleranteil im Einzugsgebiet (je geringer der Prozentsatz der Schüler/innen eines Einzugsgebiets ist, die eine Hauptschule besuchen, desto wahrscheinlicher handelt es sich um eine Schule des problematischen Typus) sowie der Anteil ausländischer Schüler/innen in der vergleichbaren Altersgruppe (je höher der Anteil ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es sich um eine problematische Hauptschule handelt). Dieser Befund deutet darauf hin, dass sich eine Sicherung der Arbeitsfähigkeit an Hauptschulen nur erreichen lässt, wenn sie Anlaufstelle für eine ausreichend breite und heterogene Schülerklientel ist“ (Trautwein/Baumert/Maaz 2007, S. 5-6). Damit wird indirekt darauf hingewiesen, dass vor allem in den Großstädten mit hohen Ausländeranteilen problematische Hauptschulkonstellationen entstehen können, wenn sie nur einen kleinen Anteil unter den Schüler/inne/n erreicht. Betrachtet man in Nordrhein-Westfalen die Städte und Landkreise mit den niedrigsten Hauptschüleranteilen (unter 20% der Schüler/innen der Sekundarstufe I) und zugleich den höchsten Anteilen ausländischer Schüler/innen (über 12% der Schüler/innen der Sekundarstufe I), dann ergibt sich zu-

sätzlich ein Zusammenhang mit dem Ausbau der Gesamtschulen³: Problematische Hauptschulumilieus – und diese Vermutung äußern auch die Autoren der zitierten Studie – ergeben sich vermutlich vornehmlich in den Regionen, in denen die Hauptschule in einem viergliedrigen Schulsystem in Konkurrenz zur Gesamtschule steht. Damit soll darauf hingewiesen werden, dass die weitere Entwicklung der Hauptschule in den Ländern mit einem Gesamtschulangebot abgestimmte Lösungen nahe legt.⁴

Tab. 2: Kreise und Städte mit niedrigem Hauptschüler- und zugleich hohem Ausländeranteil in der Sekundarstufe I (ohne Förderschüler/innen) in Nordrhein-Westfalen, 2004/05

Landkreis/Kreisfreie Stadt	Anteil Hauptschüler/innen	Anteil Ausländische Schüler/innen	Anteil Gesamtschüler/innen
	unter 20 %	über 12 %	(über 20 % fett)
Stadt Mülheim an der Ruhr	13,4	12,8	29,9
Stadt Bonn	14,1	13,8	12,9
Stadt Essen	14,8	13,8	22,2
Stadt Bottrop	15,8	12,2	27,2
Stadt Leverkusen	15,8	13,6	22,7
Stadt Bochum	16,3	12,5	23,6
Stadt Aachen	17,3	14,8	19,8
Stadt Gelsenkirchen	17,6	23,0	32,7
Stadt Bielefeld	18,7	16,8	23,3
Kreis Recklinghausen	18,9	12,8	22,5
Stadt Dortmund	18,9	19,1	23,7
Stadt Düsseldorf	19,0	22,9	15,1
Kreis Mettmann	19,2	13,0	14,4
Stadt Duisburg	19,9	21,8	34,0

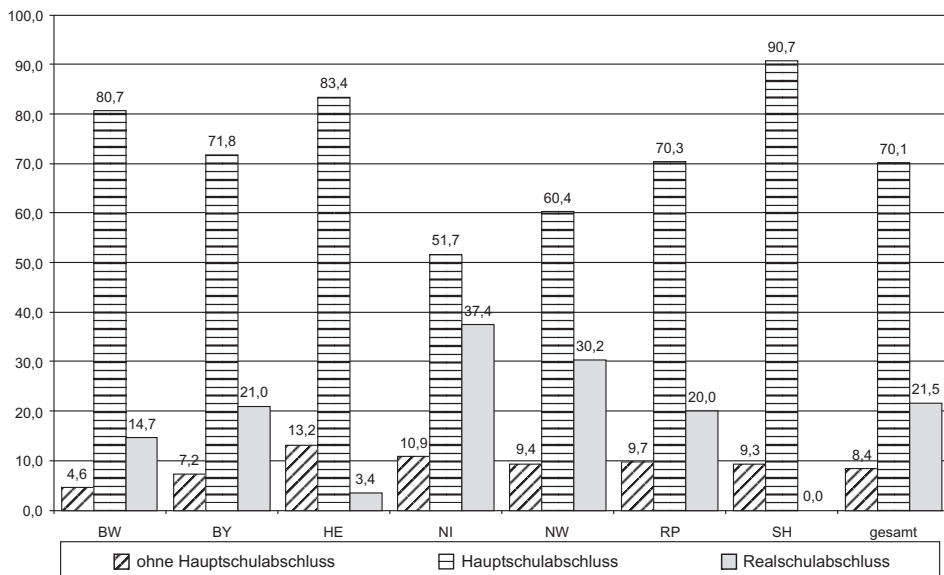
Quelle: Schulstatistische Daten des Ministeriums für Schule und Weiterbildung;
 URL: <http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Statistik/Schulinfo/mitte.php>;
 Zugriffsdatum: 11.02.2009.

- 3 Die Städte Bonn und Aachen mit einem überregional nachgefragten Gymnasialangebot erscheinen nur in der Tabelle, weil durch den hohen Anteil auswärtiger Gymnasiasten bedingt die Hauptschulbesuchsquote sinkt. Düsseldorf und Mettmann stellen durch die mittelschichtgeprägte Bevölkerungsstruktur Ausnahmefälle dar. Eine Besuchsquote der Gesamtschule über 22% haben acht weitere Kreise und kreisfreie Städte, von denen fünf bei hohen Ausländeranteilen unter den Sekundarstufenschülern eine Besuchsquote der Hauptschule über 20% aufweisen. Drei Kreise haben Anteile ausländischer Schüler unter 12%. Insgesamt korrelieren die Haupt- und Gesamtschulbesuchsquoten im Kreisvergleich -.73.
- 4 In der Vergangenheit war in Nordrhein-Westfalen die Hauptschule im Vergleich zur Gesamtschule als gebundener Ganztagschule eine Halbtagschule. Mit der Absicht der Landesregierung, die Hauptschulen ebenfalls in gebundene Ganztagschulen umzustrukturieren – so wünschenswert dies für die Schüler ist –, wird den Eltern eines Kindes mit Hauptschulempfehlung die Schulwahloption zwischen Halb- und Ganztagschule genommen, was einer Konkurrenz zwischen Haupt- und Gesamtschule eine weitere Begründung nimmt.

Entkopplung von Schulart und Bildungsgang an Hauptschulen

Als eine wichtige Innovation im deutschen Schulsystem wird zunehmend angesehen, an der Hauptschule auch einen mittleren Abschluss zu ermöglichen. Traditionell ist im gegliederten Schulsystem mit dem Besuch einer bestimmten Schulart auch die Vorbereitung auf einen bestimmten Schulabschluss verbunden. Diese Kopplung von Bildungsgang und Abschluss wird inzwischen in mehreren Ländern aufgegeben (siehe Abbildung 3). Neben Nordrhein-Westfalen hat vor allem Niedersachsen die Möglichkeit eines mittleren Schulabschlusses an Hauptschulen intensiv ausgebaut. Dort erwirbt inzwischen nur noch die Hälfte aller Schulabsolvent/inn/en der Hauptschule einen Hauptschulabschluss, etwa 10% verlassen die Schule ohne Abschluss, und über ein Drittel erwirbt einen mittleren Abschluss. In Baden-Württemberg, Bayern und in Rheinland-Pfalz sind fast ein Fünftel der an Hauptschulen erworbenen Abschlüsse mittlere Abschlüsse. Nur Schleswig-Holstein und Hessen halten an der Beschränkung auf den Hauptschulabschluss fest.

Abb. 3: Absolventen aus Hauptschulen nach ausgewählten Flächenländern 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11 Reihe 1 Bildung und Kultur Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2007/08, S. 243; eigene Berechnungen

Diese Bemühungen um eine Aufwertung der Hauptschule sind jedoch insofern kritisch zu bewerten, als sie grundlegende Prinzipien des dreigliedrigen Schulaufbaus in Frage stellen, an denen die Länder mit Hauptschule festhalten. Sie stellen in gewisser Weise eine „Ersatzhandlung“ für die faktisch vollzogene Aufhebung der Trennung von Haupt- und Realschule dar. Zusätzlich stellt sich die Frage, ob mit den höhe-

ren Abschlüssen an Hauptschulen auch die damit verbundenen Erwartungen in einen qualifizierten Ausbildungsplatz realisiert werden können. Eine Untersuchung anhand der Berufsschulstatistiken in Bayern und Nordrhein-Westfalen konnte zeigen, dass mit an Hauptschulen erworbenen höherwertigen Abschlüssen die Einmündung in attraktive Ausbildungsberufe weit ungünstiger ist als für Absolvent/inn/en der Realschule oder des Gymnasiums (Schuchart 2007). Dabei konnten wegen Mängeln der Schulstatistik Unterschiede hinsichtlich der Einmündungschancen in eine duale Berufsausbildung noch nicht einmal erfasst werden. Maßnahmen zugunsten einer Aufwertung der Hauptschule können vermutlich strukturelle Weiterentwicklungen nicht ersetzen, denen man einerseits entgegen möchte, die man mit solchen Strategien aber selbst wieder provoziert, weil sie die Hauptschule als eigenständige Schulart mit einem spezifischen Abschluss implizit in Frage stellen. Andere Maßnahmen wären vielleicht eher geeignet, Hauptschüler/inne/n nach dem Schulabschluss einen Start in eine Berufsqualifizierung zu ermöglichen. Insbesondere erscheint es als problematisch, dass selbst im Schulberufssystem für Hauptschulabsolvent/inn/en relativ wenige Qualifizierungsmöglichkeiten bestehen, obwohl gerade sie auf solche Möglichkeiten angewiesen wären, weil deren Einmündungschancen in eine duale Ausbildung besonders ungünstig sind (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 161-165). Sie sind heute im Regelfall auf den Besuch von Angeboten des Übergangssystems angewiesen, das ihnen nur selten berufliche Qualifizierungsmöglichkeiten oder Teilqualifikationen für eine Berufsausbildung vermittelt.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Hauptschule als Schulart nur noch in einer Minderheit von Ländern in Deutschland besteht. Nachdem die ostdeutschen Länder sich schon unmittelbar nach der Wiedervereinigung nicht für das dreigliedrige Schulsystem entschieden haben, nehmen nun auch zunehmend westdeutsche Länder davon Abschied. Auch die Länder, die an der Hauptschule festhalten, können durch den Rückgang der Schülerzahlen eine Verringerung des Schulangebots nicht vermeiden. Dadurch ergibt sich ein immer mehr zentralisiertes Hauptschulangebot, das nicht mehr – wie in der Vergangenheit – allen Schüler/inne/n wohnortnah zugänglich ist. Bemühungen, über die Vergabe eines mittleren Schulabschlusses die Hauptschule wieder aufzuwerten, sind inkonsequent, solange sie nicht mit einer Zusammenfassung der Schularten mit Haupt- und Realschulbildungsgang verbunden sind. Von den Problemen der Hauptschule losgelöst muss man die Probleme des Hauptschulabschlusses betrachten. Denn diese Probleme haben auch Länder ohne Hauptschule. Nur zum Teil sind die Probleme des Hauptschulabschlusses mit den Problemen der Hauptschule identisch. Von daher ist es sicher zutreffend, von der Abschaffung der Hauptschule nicht die Lösung zentraler Qualifikationsprobleme zu erwarten. Dennoch stellt sich für die Länder mit Hauptschule die Frage, wie sie diese als leistungsfähige Schulart der Sekundarstufe I trotz fortschreitenden Schülerrückgangs erhalten können. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, weil mit abnehmender Besuchsquote der Hauptschule diese zunehmend weniger zur „Anlaufstelle für eine ausreichend breite und heterogene Schülerklientel“ (Trautwein/Baumert/Maaz 2007, S. 6) wird. Schon heute zeichnet sich

ab, dass sie in Großstädten mit konkurrierender Gesamtschule überwiegend nur noch von Problemgruppen unter den Schülerinnen und Schülern besucht wird. Wenigstens für diese Regionen sollten schulorganisatorische Alternativen ermöglicht werden.

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Avenarius, H. (2007): Die Allgemeine Sekundarschule – Rechtliche Möglichkeiten für die Neuordnung des Schulsystems. Vortrag beim Kongress des VBE NRW zum Thema „Schulentwicklung im ländlichen Raum“ am 5. September 2007 in Dortmund; URL: www.vbe-nrw.de/downloads/PDF%20Dokumente/LR_07_Avenarius.pdf; Zugriffsdatum: 11.02.2009.
- Avenarius, H./Füssel, H.-P. (2008): Schulrecht im Überblick. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Baumert, J./Stanat, P./Watermann, R. (2006): Schulstruktur und die Entstehung differenzieller Lern- und Entwicklungsmilieus. In: Baumert, J./Stanat, P./Watermann, R. (Hrsg.): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen: Differentielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95-188.
- Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen (1959): Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens. Empfehlungen und Gutachten, 3. Folge. Stuttgart: Klett.
- Deutscher Bildungsrat (1970): Strukturplan für das Bildungswesen. Empfehlungen der Bildungskommission, verabschiedet auf der 27. Sitzung der Bildungskommission am 13. Februar 1970. Bonn.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1982): Bericht der Bundesregierung zum Stand der Beratungen sowie zum weiteren Verfahren der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zur Fortschreibung des Bildungsgesamtplans. BT-Drucksache 9/2012 vom 01.10.1982. Bonn: Heger.
- Fickermann, D./Schulzeck, U./Weishaupt, H. (2002): Schule als Standortfaktor – die Schulversorgung. In: Institut für Länderkunde/Mayr, A./Nutz, M. (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, Band 6: Bildung und Kultur. Heidelberg: Spektrum, S. 26-29.
- Hinds, T.M. (1986): The Rising Costs of Falling Rolls. In: Watson, L.E. (Hrsg.): Management in the Light of Falling Enrolments. (Sheffield Papers in Education Management 55). Sheffield: Department of Education Management, S. 21-26.
- Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland 2006. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Landesregierung Brandenburg (Hrsg.) (2000): Bericht der Regierungskommission „Entwicklung der Schulen der Sekundarstufe I im ländlichen Raum des Landes Brandenburg“ an die Landesregierung, Potsdam: Ministerium für Schule und Weiterbildung.
- Leschinsky, G. (2008): Die Hauptschule – von der Be- zur Enthauptung. In: Cortina, K.S./Baumert, J./Leschinsky, A./Mayer, K.U./Trommer, L. (Hrsg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick. Reinbek: Rowohlt, S. 375-406.

- Rösner, E./Kanders, M. (2005): Schulentwicklung in NRW. Bestandsgefährdung weiterführender Schulen in Nordrhein-Westfalen. Dortmund: Verband Bildung und Erziehung – Landesverband NRW.
- Schuchart, C. (2007): Schulabschluss und Ausbildungsberuf. Zur Bedeutung der schulartbezogenen Bildungsbiografie. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 10, S. 381-398.
- Trautwein, U./Baumert, J./Maaz, K. (2007): Hauptschulen = Problemschulen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 28, S. 3-9.
- Weishaupt, H. (2006): Veränderungen im elementaren und sekundären Bildungsbereich durch demographischen Wandel. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Demographischer Wandel – Auswirkungen auf das Bildungssystem (Statistik und Wissenschaft, Band 6). Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, S. 26-44.
- Weishaupt, H. (2009): Demographie und regionale Schulentwicklung. In: Zeitschrift für Pädagogik 55, S. 56-72.
- Weishaupt, H./Weiß, M. (1988): Bildungsbudget und interne Mittelallokation. In: Zeitschrift für Pädagogik 34, S. 535-553.

Horst Weishaupt, Prof. Dr. phil., Leiter der Arbeitseinheit „Steuerung und Finanzierung des Bildungswesens“ am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) in Frankfurt am Main und Professor für Empirische Bildungsforschung an der Bergischen Universität Wuppertal; Arbeitsschwerpunkte: Regionale Bildungsforschung, Schulentwicklungs- und Planungsforschung.

Anschrift: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung,
Schloßstraße 29, 60486 Frankfurt am Main
E-Mail: weishaupt@dipf.de